

DDR: Der Jugend Vertrauen und Verantwortung?

Ehrliche Absicht oder nur Propaganda und Machtkalkül?

Am 7. März 1946 wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als antifaschistische und einheitliche Jugendorganisation gegründet. Das Gründungsdokument unterzeichneten Erich Honecker, Edith Baumann, Theo Wiechert, Rudi Mießner, Paul Verner, Heinz Kessler, Gerhard Rolack, Heinz Külkens, Domvikar Lange und Pfarrer Hanisch. Die FDJ war die einzige Jugendorganisation in der DDR. Die Mehrheit der nach 1945 im Osten Deutschlands Geborenen haben ihr angehört. 1989 hatte sie 2,3 Millionen Mitglieder. Mit dem Ende der DDR 1989/90 wurde sie weitgehend bedeutungslos. In den ostdeutschen Ländern und im Leben vieler hat die FDJ aber ihre unauslöschlichen Spuren hinterlassen. Als ihr 1. Sekretär von 1983-1989 hier eine kritische Reflexion zu unserer Vergangenheit.

Zu den zentralen politischen Prämissen der DDR gehörte es, immer wieder zu deklarieren, dass der Jugend Vertrauen und Verantwortung gehören und sie die Zukunft des Landes sei. Ohne darüber immer gründlich nachzudenken, wiederholte auch ich oft: „Die DDR – ein Staat der Jugend. Der Jugend gehört die Zukunft.“ Als Beweise führte auch ich immer wieder die drei Jugendgesetze (1951, 1964, 1973) an, die allgemeinbildende polytechnische Oberschule für alle Kinder des Volkes, die offenen Bildungswege nach vorn und die solide berufliche Ausbildung, das moderne Abtreibungsrecht, die soziale Sicherheit, die keine Arbeits- und Obdachlosigkeit für Jugendliche kannte. Die Leistungen von Jugendlichen an wichtigen Entwicklungsprojekten der DDR waren – allerdings mit Einschränkungen – auch Beweise, dass die Jugend dieses sie anerkennende Prinzip rechtfertigt. In den politischen Strukturen des Landes spielte der einheitliche Jugendverband der DDR auch eine gewisse wenn auch real keine sehr entscheidende Rolle.

Dieses Gebot, der Jugend zu vertrauen und ihr Verantwortung zu übertragen gehört auch zu den Gründungsmythen der DDR und findet auch in dieser Zeit seine historische Begründung. Deutschland lag 1945 am Boden, viele Menschen hatten Hab und Gut verloren und glaubten kaum noch an eine Zukunft. Hinzu kam, dass viele Alte im Krieg gefallen oder noch in der Gefangenschaft waren und somit für den Neuaufbau gar nicht zur Verfügung standen. Der 1946 gegründete Jugendverband FDJ war deshalb eine zukunftsweisende Reaktion auf diesen Fatalismus: „Bau auf, bau auf, Freie Deutsche Jugend bau auf, für eine bessere Zukunft richten wir die Heimat auf!“ Und: „Deutsche Jugend, pack an, brich dir selber die Bahn, für Frieden, Freiheit und Recht. Kein Zwang und kein Drill, der eigene Will' bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das Licht, das dir niemals gebricht. Deutsche Jugend, steh deinen Mann.“ Das war der musikalische Background für das Beseitigen der Trümmer, den Neuaufbau im Osten Deutschlands. Symbole des Neuaufbaus sollten den Erfolg dieses Strebens beweisen: Max brauchte Wasser in Thüringen, die Talsperre Sosa im Erzgebirge sollte dem

Wismut-Gebiet Trinkwasser spendieren, die Stalin-Allee in Berlin sollte das Muster modernen Wohnens werden, Stalinstadt an der Oder die erste sozialistische Stadt; das Kraftwerk Trattendorf in der Lausitz, die Wische in der Altmark u.a., sie alle waren sichtbare Symbole des Aufbauwillens. Bisher Abseitsstehende sollten mitgerissen werden von diesem Enthusiasmus, keiner sollte zurückbleiben. Selbst frühere HJ-Mitglieder durften seit 1947 in der FDJ mitmachen (was für ein Vertrauen!). Junge SED-Mitglieder, junge Liberaldemokraten, Parteilose, Arbeiter, Bauern, Neulehrer, Christen und Atheisten gestalteten gemeinsam ein Jugendleben, das viele Mädchen und Jungen aktiv werden ließ. Sie trafen sich in ihren Orts- und Betriebsgruppen. Die antifaschistische Führung der sowjetischen Besatzungszone und der jungen DDR baute auf dieses Engagement der Jugend und meinte Bestätigung dafür auch in der Geschichte der Sowjetunion und der des Komsomol zu finden. „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung!“ half in den Gründungsjahren bei der Herausbildung eines individuellen Heimatgefühls für viele Jugendliche, es stützte eine ziemlich hohe Übereinstimmung zwischen Individuum und Gesellschaft, was auch viele Jahre zur politischen Stabilität in der DDR beitrug.

Zugleich stand die Führung des Landes vor einem Dilemma. Während die „Alten“ ihre Ziele endlich verwirklicht sahen und hofften, dass auch die „Jungen“ das würdigen werden, gab es letztlich für die „Jungen“ nur noch wenig neue Gestaltungsspielräume. Vieles war in den 1950er Jahren wieder aufgebaut und sollte nun nur noch geachtet (oder gar geehrt) und verteidigt werden. In der politischen Diktion hieß deshalb die Forderung an die Heranwachsenden nicht selten, dankbar zu sein und die Stafette der revolutionären Errungenschaften weiterzutragen. Es gab nie die Forderung, aktiv die neue Gesellschaft mit weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft verharrte in den starren Formen der durch Marx, Engels, Lenin und der Sowjetunion (Stalin) geprägten Vorstellungen. Und was zu tun war, bestimmten seit 1948 ausschließlich die SED und ihr Politbüro. Demokratie sollte zwar sein, war aber nicht wirklich gewollt. Die Folge war nicht selten duckmäuserische Anpassung und Opportunismus und geringes Engagement; bis 1961 auch die Flucht in den Westen – später die Ausreiseanträge.

Es wurde von der Führung völlig übersehen, dass sich auf der Grundlage des Geschaffenen stets neue Bedürfnisse entwickelten. Für deren Erfüllung gab es zwar teilweise utopische Versprechungen, aber nie ein die Jungen wirklich mobilisierendes Konzept, deren Wünsche störten eher die Sicherung sozialistischer Errungenschaften. Das Trauma der Partei vom 17. Juni 1953, wo ihre Macht wegen sozialer Einschnitte gefährdet und nur dank sowjetischer Panzer gesichert wurde, lastete auch auf der Jugendpolitik. Unsere Propaganda konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der DDR einen fundamentalen „Generationenkonflikt“ gab. Die späteren Jugendobjekte und Projekte wie Erdgastrasse, Berlin-Initiative, Messe der Meister von Morgen, Jugendforscherkollektive zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution u.a. waren zwar herausfordernde Aufgaben, aber sie bündelten keineswegs die Herausforderungen für eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung zur dynamischen Entwicklung der Gesellschaft. Hinzu kam, dass selbst solche Prestige-Projekte stark unter Mangel an Material und Finanzen litten. Das Streben junger Leute, die eigene Lebenslage ständig zu verbessern, scheiterte oft an den Grenzen der DDR-Ökonomie, an der Versorgungslage und dem Mangel an Material. Die DDR verfolgte zwar ein riesiges Wohnungsbauprogramm, aber selbst ein Haus zu bauen, war verpönt. Junge Leute konnten es auch nicht als Vertrauensbeweis werten, dass später Rentner in den Westen fahren konnten, sie aber

nicht die Welt erkunden durften, stattdessen schon bei einer Ungarn-Reise oder Bulgarien-Reise misstrauisch beäugt wurden. Als mit Perestroika und Glasnost ein völlig anderer Impuls aus der schon siechen Sowjetunion kam, hätte auch bei uns verstanden werden müssen, dass die Zeichen auf Veränderungen stehen müssen. Eine gesellschaftliche Debatte wäre eigentlich unumgänglich gewesen, wurde aber weder angeregt noch wäre sie geduldet worden. Diese Gelegenheit wurde von der Führung und vielen von uns leider nie begriffen. Dabei lasse ich außer Betracht, dass es wahrscheinlich auch nicht den DDR-Sozialismus gerettet hätte und die sowjetischen Ideen auch nicht zielführend waren. Nur, es hätte uns zum Handeln zwingen müssen. Stattdessen wurde die These vom tollen „Sozialismus in den Farben der DDR“ als Beruhigungsspiel gereicht und jeder Gorbi-Anhänger verdächtigt, diesem Sozialismus in der DDR schaden zu wollen.

Die heranwachsende Generation – damit sind zunächst vor allem die von 1945-1960 Geborenen gemeint – durfte eben nicht nach „eigenem Willen“ gestalten und entscheiden. Nur zeitweise gab es den Versuch, solche Willensbekundungen in die Gestaltung der Gesellschaft wirklich einzubinden und produktiv zu nutzen. Als Beispiele seien genannt: Die Diskussion der Verfassung der DDR 1968 und von Gesetzentwürfen in den 1960er Jahren, die aktive Beteiligung von Studenten an der III. Hochschulreform, die Vorbereitung der Weltfestspiele 1973 in Berlin. Der Vertrauensvorschuss gegenüber der Jugend reichte aber stets nur so weit, wie das Politbüro der SED die politischen Strukturen der DDR nicht gefährdet sah. Die Varianten demokratischer Mitwirkung blieben schmal, misstrauisch wurde immer zivilgesellschaftliches Engagement beäugt oder gar administrativ eingeschränkt (obwohl der Kirche 1946 eigene Jugendarbeit zugesagt war, wurde in den 1950er Jahren gegen die Junge Gemeinde eine Kampagne geführt, die auch bis zum Ende der DDR nie aufhörte!). Nach 1976 gab es überhaupt keine gesellschaftlichen Aussprachen zu Gesetzesvorhaben mehr. Stattdessen immer neue Kampagnen des Wettbewerbs und solche inhaltsleeren Losungen wie „Dein Arbeitsplatz – dein Kampfplatz für den Frieden“.

Man kann auch verstehen, dass durchaus ein berechtigtes Misstrauen gegenüber der Jugend angesagt war. Denn ob sie den Vorstellungen der „Alten“ vom Sozialismus (ja nach sowjetischem Stalin'schen Modell!!) auf Dauer zu folgen bereit war, war angesichts des nebenan existierenden auch sozial erfolgreichen Gesellschaftsmodells (auch unter Einfluss des Sozialismus und des Sozialdemokratismus) in der BRD eine durchaus offene Frage. Die Frage, ob die in der DDR Heranwachsenden diesen Sozialismus in dieser Art und Einschränkung wirklich für immer wollten oder gar andere Vorstellungen von der Art des Lebens hatten, haben wir doch nie gestellt. Viele verließen damals die DDR gen Westen. Mit dem Mauerbau 1961 isolierten wir den DDR-Sozialismus noch weiter von der ökonomischen und kulturellen Entwicklung in der Welt und versperren den Heranwachsenden nicht nur den Blick über den Tellerrand, sondern sperrten sie bis 1989 gar ein. Die weltpolitischen Zwänge jener Zeit ließen wahrscheinlich keine andere Lösung zu, aber sie war trotzdem kein Vertrauensbeweis für die Jugend der DDR und zu deren Verbundenheit mit ihrem Staat. Und sträflich unterschätzt wurde die Bedeutung der nationalen Komponente im Bewusstsein der Jugend und in der von uns später präferierten Abgrenzungspolitik. „Mehr Demokratie wagen!“ war eine sozialdemokratische Antwort an die westdeutsche Jugendbewegung Ende der 1960er Jahre. Die DDR-Führung hielt eine solche Aufforderung aber für systemgefährdend.

Nicht zu übersehen ist aber in diesem Zusammenhang doch der bescheidene Ulbricht'sche Versuch, größere Gestaltungsspielräume in der Gesellschaft zu eröffnen (interessanterweise inspiriert von damals jüngeren Leuten wie Mittag, Jarowsky, Halbritter u.a.). Das NÖS und die Auffassung, dass der Sozialismus eine relativ selbstständige Gesellschaftsformation sei, schienen Chancen für neue Wahrnehmung von Verantwortung der Jugend zu sein, die auch partiell genutzt wurden.

Es ist kein Zufall, dass in dieser Zeit auch das Jugendkommuniqué der SED 1963 beschlossen wurde (21.09.1963). Es stand nicht zufällig unter der Losung: „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung!“ Es räumte den Jugendlichen größere Spielräume ein. Danach sollte das Verhältnis der Jugend frei sein von „Gängelei, Zeigefingerheben und Administrieren“.

Das Kommuniqué war ein Indiz dafür, dass die SED-Führung die Realität zeitweise akzeptierte. Die bislang verpönten „westlichen Lebensgewohnheiten“ der Jugendlichen sollten toleriert und durch politische Schulung kompensiert werden. Das Kommuniqué empfahl ausdrücklich die neuesten Werke von DDR-Schriftstellerinnen und -Schriftstellern, die im Zuge der Liberalisierung entstanden waren, so Christa Wolfs „Der geteilte Himmel“ und Erik Neutschs „Die Spur der Steine“. Kritische Dichter wie Wolf Biermann und Heinz Kahlau durften zeitweise auftreten. In Ost-Berlin wurden öffentliche „Streitgespräche“ veranstaltet, in denen Hunderte von Jugendlichen über aktuelle Fragen diskutierten.

Einen ersten Höhepunkt erreichte diese Phase einer offenen DDR-Jugendpolitik mit dem „Deutschlandtreffen der Jugend“, das vom 16. bis 18. Mai 1964 in Berlin stattfand. Das SED-Politbüro hatte die Planungen abgesegnet und ein Programm formuliert, das Unterhaltung und Tanz geschickt mit politisch-ideologischer Indoktrination verband. Nach offiziellen Angaben kamen über eine halbe Million Jugendliche nach Ost-Berlin, darunter 25 000 aus der Bundesrepublik – auch ich habe dieses Treffen in guter Erinnerung (war 17 Jahre alt). Es gab eine Vielzahl von Kulturveranstaltungen, Lesungen von Schriftstellern wie Brigitte Reimann, Christa Wolf, Hermann Kant und Dieter Noll. Der Berliner Rundfunk sendete das eigene Jugendprogramm „DT 64“, das nach dem Jugendtreffen einen festen Sendeplatz bekam und bis in die achtziger Jahre ein bei Jugendlichen beliebtes Programm blieb. Für die westdeutschen Teilnehmer stellte sich die DDR in Aufbruchstimmung dar, bei vielen ostdeutschen Teilnehmern prägte sich das Deutschlandtreffen als Schlüsselerlebnis ihrer Jugendgeschichte ein.

Die Staats- und Parteiführung blieb gleichwohl misstrauisch der Jugend gegenüber. Denn auch nach dem Mauerbau orientierten sich viele Jugendliche in der DDR in Freizeit, Kleidung, Haarschnitt, Musik und Tanz an westlichen Vorbildern und Idolen. Vor allem Schülerinnen und Schüler der Erweiterten Oberschulen galten als anfällig für bürgerlichen und kirchlichen Einfluss. Der Höhepunkt der Repressionen gegen die Kirchen war 1961 zwar überschritten, gleichwohl wurde die Jugendorganisation der Evangelischen Kirche, die junge Gemeinde, weiterhin scharf beobachtet und auch bekämpft.

Es zeichnete sich mehr und mehr aber ein Konflikt zwischen dem Erziehungsanspruch der FDJ und der Partei einerseits und dem Bestreben vieler Jugendlicher andererseits, sich ihren individuellen Freiraum zu bewahren. Es handelte sich hier auch um einen Generationskonflikt, der schließlich 1965 offen zum Ausbruch kam.

Die im ZK der SED maßgeblichen Funktionäre hatten ihre politische Sozialisation in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik erhalten und die Zeit des Nationalsozialismus im Widerstand oder im sowjetischen Exil verbracht. Aufgrund ihrer eigenen Jugenderfahrungen standen sie den Bedürfnissen und kulturellen Ausdrucksformen der neuen Jugendgeneration fremd und verständnislos gegenüber. Sie hielten die Begeisterung für englische Beat-Gruppen, die Vorliebe für westliche Mode und lange Haare für „dekadent“ und „unmoralisch“.

Sie konnten das Verhalten der Jugendlichen nur in die Deutungsmuster des Kalten Krieges einordnen. So wurden in den Augen der Funktionäre Beat-Gruppen zu Agenten des Klassenfeindes und die jugendliche Subkultur zu einem politisch gefährlichen Protest.

Am 11. Oktober 1965 berieten in Abwesenheit Walter Ulbrichts das ZK-Sekretariat und weitere Spitzenfunktionäre unter Leitung des damaligen Sekretärs für Sicherheitsfragen des ZK der SED Erich Honecker über aktuelle Probleme der Jugendarbeit. Die Versammelten kamen zu dem Schluss, dass „Entstellungen der Jugendpolitik der Partei“ korrigiert werden müssten. Beschlossen wurde beispielsweise, dass allen Gruppen, die „dekadente westliche Musik“ spielten, die Lizenz zu entziehen sei. „Gammler“ und andere Personen aus dem Umfeld der Beatgruppen, die keiner geregelten Arbeit nachgingen, seien, falls sie gegen die Gesetze der DDR verstießen, in Arbeitslager einzuweisen.

Die FDJ-Führung hatte die Begeisterung der DDR-Jugend für englische Beatgruppen wie die Beatles und die Rolling Stones kanalisieren wollen und im Mai 1965 zu einem nationalen Gitarrenwettbewerb aufgerufen. Dieser wurde auf Weisung der Partei im Sommer abgebrochen, weil sich herausstellte, dass die Gruppen sich vorwiegend an englischen Bands orientierten. Die FDJ-Führung schwenkte auf den harten Kurs ein und bezeichnete die Gitarrenwettbewerbe als Fehler.

Im Herbst 1965 wurden die Bezirke angewiesen, alle Beatgruppen zu registrieren, vorzuladen und ihnen bei Verstoß gegen die 60/40-Regelung (wonach die Mehrheit der Unterhaltungsmusik aus DDR- bzw. sozialistischer Produktion zu stammen hatte), bei „Exzessen“ auf und vor der Bühne, bei englischen Bandnamen, „ungepflegtem Äußeren“, mangelnder Notenkenntnis, Verdacht auf „Arbeitsbummelei“ der Musiker, zu hohen Gagenforderungen oder zu niedrigen Steuerzahlungen, die Lizenz - so überhaupt vorhanden - zu entziehen“.

Im Bezirk Leipzig betraf dies 54 von 58 Bands. Daraufhin versammelten sich am 31. Oktober 1965 500 bis 800 jugendliche Anhänger der Beatgruppen aus dem ganzen Bezirk auf dem Leuschner-Platz in der Leipziger Innenstadt, um gegen den Lizenzentzug und das damit verbundene Auftrittsverbot der Gruppen zu protestieren. Es war die größte verbotene Demonstration seit dem 17. Juni 1953. Die Jugendlichen wurden von Einheiten der Kasernierten Volkspolizei auseinandergetrieben. Mehr als 250 wurden zu ein- bis dreiwöchiger Zwangsarbeit in die umliegenden Braunkohlegruben transportiert. Einigen sogenannten „Rädelsführern“ wurde später der Prozess gemacht.

Die Leipziger Geschehnisse waren ein Indiz mehr für den Umschwung in der DDR-Innenpolitik, der sich im Herbst 1965 vollzog. Parteiöffentlich besiegelt wurde er auf dem berüchtigten 11. Plenum des ZK der SED 1965. Ursprünglich sollten nur Wirtschaftsfragen behandelt werden, doch dann drehten sich die ungewöhnlich langen Diskussionen des Plenums vor allem um Kultur- und Jugendpolitik. In seiner Grundsatzrede rechnete Erich Honecker mit der offenen Politik seit 1963 ab. An den jüngsten

„Ausschreitungen“ von Jugendlichen seien vor allem Filme, Fernsehsendungen, Theaterstücke, Romane und Zeitschriftenartikel schuld, deren antihumanistische Darstellungen Brutalität und sexuelle Triebhaftigkeit propagierten. Ausdrücklich erwähnte Honecker in diesem Zusammenhang die Filme „Das Kaninchen bin ich“ und „Denk bloß nicht, ich heule“. Namentlich genannt wurden Wolf Biermann, dem Honecker Verrat am Staat und an seinem von den Nazis umgebrachten Vater vorwarf, sowie Stefan Heym, dessen Roman „Der Tag X“ über den 17. Juni 1953 die Wahrheit entstellt habe. FDJ und Partei hätten die schädlichen Einflüsse der Beat-Musik grob unterschätzt. Die Ursache dieser Missstände sei ein ungenügendes marxistisches Weltbild der Künstler, ihre geringe Kenntnis von der Politik der Partei und ihr Hang zum „philosophischen Skeptizismus“. All diese Erscheinungen stimmten „objektiv mit der Linie des Gegners“ überein, der die DDR „im Zuge einer sogenannten Liberalisierung“ von innen her aufweichen wolle.

Nach dem 11. Plenum des ZK der SED erhielt Biermann in der DDR absolutes Auftritts- und Veröffentlichungsverbot. Stefan Heyms Buch „Fünf Tage im Juni“ konnte nur im Westen erscheinen. Die DEFA zog fast eine ganze Jahresproduktion von Filmen aus dem Verkehr. Dieses Plenum war ein vollständiger „Sieg“ des Parteiapparats über künstlerische Autonomie und die Ansprüche von Jugendlichen auf einen selbstbestimmten Freiraum.

Es war damals Schluss einfach mit Vertrauen und Verantwortung, stattdessen mehr Führung der Jugend und sozialistische Erziehung durch die FDJ und die Schulen, Stärkung des FDJ-Aktivs, straffere Führung der FDJ durch die Partei.

Haben das jene Partei- und FDJ-Funktionäre aus dieser Zeit – sie waren 1989 wie Krenz, Herger und Lorenz immer noch in leitenden Funktionen der Partei – eigentlich aus ihrer Erinnerung ausgeblendet? An dieser grundlegenden Entscheidung gegen jugendliches Freiheitsstreben hatte sich ja dann bis 1989 nichts Wesentliches geändert. Makaber bleibt aber, dass unsere legendären Rockkonzerte der FDJ 1988 mit Cocker und Springsteen genau an diesem Lebensgefühl anknüpften und dies für eine neue DDR-Verbundenheit nutzen wollten. Auch das Festival des politischen Liedes und „Rock für den Frieden“ knüpften daran an. Eine von uns im Zentralrat der FDJ vorbereitete Lindenberg-Tournee wurde uns aber 1988 von Egon Krenz nach Intervention des MfS erneut untersagt.

1966 wurde das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) gegründet. Das ZIJ untersuchte Trends, Ursachen und Erscheinungen jugendlicher Aktivitäten. Eine Untersuchung des ZIJ über die Befindlichkeit der DDR-Jugend von 1969 („U69“) machte zum Beispiel deutlich, wie weit die FDJ davon entfernt war, die jungen Menschen in der DDR anzusprechen, sie in politische Diskussionen einzubeziehen und ihre aktive Mitwirkung in der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Die Mitgliedschaft war zur Formsache verflacht. Das Verbandsleben war erstarrt und unmodern. Selbst Veranstaltungen im Freizeitbereich (Kultur und Kunst, vor allem Musik und Sport) präsentierten sich oft nicht besonders attraktiv. Die Resonanz auf politische und ideologische Themen war in der Regel negativ. Zunehmende Ausstiegs- und Verweigerungstendenzen wurden in der Öffentlichkeit geheim gehalten und selbst in den Führungsgremien der FDJ nur mit äußerster Zurückhaltung angesprochen. Wie es scheint, gelang es SED und FDJ Ende der sechziger Jahre, nur eine kleine Minderheit der Jugendlichen für sozialistische Ziele zu begeistern. Dieser politisch zuverlässige Teil der Jugend war aber kaum in der Lage, den großen Rest zu Engagement zu motivieren.

Die Repressalien, denen das ZIJ und Walter Friedrich zu dieser Zeit und danach vor allem seitens des Ministeriums für Volksbildung unterlagen, sind gut bekannt. Die Forschungsergebnisse blieben in der Regel Geheime Verschlussache – tolles Vertrauen! Als 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ bat ich 1988 erstmals nach vielen Jahren Walter Friedrich, seine Forschungsergebnisse vor einem Kreis von FDJ-Funktionären darzulegen. Was noch zu Beginn meiner hauptamtlichen Tätigkeit in der FDJ 1969 übliche Praxis war, war zu dieser Zeit schon fast „Geheimnisverrat“.

Aber es kam ja noch schlimmer: Ich behaupte, der FDJ als Interessenvertreter der Jugend und eigentlich breit aufgestellter Jugendorganisation, die auch als sozialistische Jugendorganisation (1957) noch alle erreichen, jeden gewinnen und keinen zurücklassen wollte, wurde 1976 durch die Partei auf ihrem IX. Parteitag selbst der Todesstoß versetzt. Mit dem neuen Parteiprogramm wurde in der DDR das sowjetische Modell des Sozialismus für immer festgeschrieben, die schöpferischen Reformversuche Ulbrichts endgültig zu Grabe getragen und die nationale Abgrenzung von der BRD gefordert. Stattdessen wurde im Parteiprogramm formuliert, dass es einen nahtlosen Übergang zum Kommunismus geben werde, was das auch konkret sein mochte. Für die Jugenderziehung in Schule und FDJ bedeutete das aber, dass fortan die gesamte Jugend kommunistisch erzogen werden sollte. Das richtete sich geradezu gegen die Gründungsidee der FDJ, eine breite Massenorganisation für alle Jugendlichen sein zu wollen. Wer jetzt in die FDJ eintrat, unterzog sich kommunistischer Erziehung, jeder sollte junger Kommunist werden. Und wer das nicht werden wollte, wurde ausgegrenzt und in manchen Fällen auch drangsaliert. Unterstrichen wurde dieser Parteiauftrag noch durch Symbole wie rote Halstücher bei den Pionieren, rote Ehrenbanner bei der FDJ, überall Thälmann und Pieck, Parteiprogramme als Auszeichnung der Besten. Honecker sprach nur noch von der Thälmann'schen jungen Garde. Dieser Beschluss entsprach objektiv nicht dem realen gesellschaftlichen Entwicklungsstand in der DDR, er hatte auch nie eine gesellschaftliche Basis im Land gefunden. Kaum jemand bezog sich später auf dieses illusionäre Parteiprogramm. Einzig am Begriff kommunistischer Erziehung wurde festgehalten. 1987 empfahl Honecker der FDJ noch, mit allen Jugendlichen wieder das Kommunistische Manifest durchzuarbeiten. Dann würden sie von diesen Idealen erfasst und immuner gegen westliche Einflüsse werden. Ende der 1970er Jahre vertrieb die SED-Führung im Gefolge der Biermann-Ausbürgerung die auch unter Jugendlichen beliebten Künstler in den Westen: Manfred Krug, Angelika Domröse, Hilmar Thate, Jutta Hoffmann, Armin Mueller-Stahl ... Das war nicht nur mangelndes Vertrauen gegenüber der Jugend, sondern war ein direkter Schlag gegen sie. Das letzte Stück Heimatgefühl wurde so zerstört.

Für die Jugendarbeit insgesamt und die FDJ speziell bedeutete dieser Parteitagsbeschluss aber, dass nunmehr der schöpferische Gestaltungswille sich nur noch darauf beschränken durfte, das von der Partei Ausgedachte umzusetzen, jeden eigenen Beschluss gar von der Partei absegnen zu lassen. Die FDJ war so nur noch bloßer Helfer und Kampfesreserve der SED, die Interessen von Jugendlichen zu vertreten war nur noch eingeschränkt möglich. Nur was die Partei für angemessen hielt, war erlaubt. Demokratische Meinungsbildung, Erörterung von Vorschlägen, Streit darüber waren verpönt. Was hatte das mit Vertrauen in die Jugend zu tun? Dazu passte auch, dass in diesem Jahr erstmals seit Erich Honecker und letztmalig überhaupt ihr FDJ-Chef Egon Krenz (39 Jahre alt) ins Politbüro aufstieg und damit die FDJ den letzten Funken Eigenständigkeit verlor.

Bereits im November 1989 sagte ich zu diesem Thema auf dem ZK-Plenum: „Die seit 1976 deutlich artikulierte, in unseren Dokumenten demonstrierte, zwar mit allerlei Maßnahmen bekämpfte sektiererische Einengung der FDJ auf ‚Helfer und Kampfreserve der SED‘, auf kommunistische Erziehung, auf den Zwang der engen Parteidisziplin ihrer Kader, die mehr und mehr den Interessen der Mitglieder entgegenstand, haben die FDJ in Verruf gebracht und ihren Masseneinfluss geschmälert.“ Leidenschaftlich habe ich damals die Frage des Vertrauens angesprochen: „Es geht um eine junge Generation, die in ihrem Herzen, in ihrem Perspektivbewusstsein, in ihrem Denken, in ihren Köpfen mittlerweile so betrogen wurde, dass es schwer wird, wieder um ihr Vertrauen zu kämpfen. ... Sie sind der sinnentleerten Worte und Phrasen mittlerweile überdrüssig ...“

Die Folgen des IX. Parteitags der SED waren auch verheerend: Die Lethargie in der FDJ nahm weiter zu, FDJ-Versammlungen und Zirkel des FDJ-Studienjahres verkamen immer mehr zu inhaltsleeren Zusammenkünften, die Anzahl der sogenannten „Karteileichen“ stieg, die Zahlenhascherei im Verband nahm ungeahnte Ausmaße an, Freiwilligkeit gab es kaum noch, die Ritualisierung und Ökonomisierung des Verbandslebens schritten weiter voran. Verbandaufträge sollten mangelnde Eigeninitiative kompensieren. Pomp und Phrasen bestimmten immer mehr das FDJ-Leben. Der FDJ-Chef Krenz dröhnte von den Tribünen, was immer weniger mehr hören wollten. In den Schulen durfte nur noch das von der FDJ gemacht werden, was auch die staatliche Schulleitung (Margot Honecker) wollte. Spontane Initiativen gab es kaum noch. Ich war zu jener Zeit (1977-1980) 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und weiß, wovon ich schreibe. So wollte ich von meinen nachgeordneten Kreisleitungen endlich ehrliche Zahlen. Damit sank die Mitgliederzahl in der Verbandsstatistik, die Beteiligung an FDJ-Versammlungen lag nur bei 25 bis 30 Prozent, es fehlten plötzlich mehrere tausend Jugendbrigaden, wir erfüllten unsere Delegierungsziele zur FDJ-Initiative Berlin nicht, weil nur wenige dorthin gehen wollten. Als die realen Zahlen im Zentralrat der FDJ bekannt wurden, wurden diese keineswegs akzeptiert, ich wurde stattdessen für mangelnde ideologische Arbeit kritisiert. Diesen Vorwurf habe ich nie akzeptiert. Ich war stets der Meinung, dass jede neue Generation für unsere Entwicklung gewonnen werden sollte, die Mitgliedschaft in der FDJ nicht selbstverständlich sein muss, sondern jedes politische Engagement strikt freiwillig sein muss. Da wurde ich nur von wenigen verstanden.

Die FDJ war Meister in der Gestaltung von Massenveranstaltungen auch nach den nicht mehr opportunen Deutschlandtreffen: 1969 Treffen junger Sozialisten in Berlin, Weltfestspiele 1973 in Berlin, Nationale Jugendfestivals (Pfingsttreffen) 1979, 1984, 1989. Kundgebungen zu Parteitag und Festivals mit ausländischen Jugendorganisationen sowie Pioniertreffen. Sie wurden medial breit publiziert. Da waren aber nicht nur einfach Jugendliche zu einem fröhlichen Fest zusammen, sie wurden straff geführt. SED-Mitglieder und MfS-Mitarbeiter wurden ins Blauhemd gesteckt und waren dann bis in jede 10er-Gruppe hinein präsent. War das Vertrauen in die Delegierten? Ganz schlimm war es 1979 zum 30. Jahrestag der DDR. Der Zentralrat der FDJ traute nicht einmal seinen eigenen Funktionären zu, vor der Tribüne eine positive Stimmung für die DDR zu präsentieren. Unsere zutiefst ehrlichen Hochrufe auf die DDR wurden vom Einspielen solcher über Tonband erstickt – eine totale Manipulation der Stimmung! Bei anderen Veranstaltungen gab es zu jener Zeit speziell vorbereitete Jugendliche, die ausschließlich den Auftrag hatten, politische Stimmung mit Schlachtrufen u.a. zu erzeugen (meist die Jugendhochschüler in sogenannten Aktionsblocks). Alle misstrauten der eigenen Courage und Überzeugungskraft. Stattdessen wurde politische Stimmung

inszeniert. Plakate und Winkelemente wurden industriell gefertigt und nur an die Teilnehmer verteilt und nach der Veranstaltung wieder eingesammelt.

Die Frage stellt sich, warum ich angesichts dieser Entwicklung 1980 trotzdem eine leitende Funktion im Zentralrat der FDJ annahm, 1983 gar an die Spitze des Verbandes trat? Ich weiß es nicht und bereue es heute sogar. Aber ein Motiv war damals: Ich wollte diesen eben beschriebenen Zustand beenden. Das war eine schier unlösbare Aufgabe, weil es bedeutete, mit vielen Gepflogenheiten meiner Vorgänger Günther Jahn und Egon Krenz zu brechen. Das ging nur Schritt für Schritt und musste nicht selten sogar ziemlich still und ohne viel Aufheben vonstattengehen. Wolfgang Herger und Gerd Schulz als Leiter der Abteilung Jugend im ZK kannten meinen Konflikt und deckten mich im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Meine zentralen Ziele waren dabei: Ehrlichkeit bei allen statistischen Abrechnungen, bei Zahlen und politischen Wertungen, Durchsetzung des Prinzips der Freiwilligkeit zur Teilnahme an politischen Veranstaltungen, mehr demokratische Erörterungen mit FDJ-Funktionären, Erhöhung des intellektuellen Niveaus der politischen Schulungsmaßnahmen/Materialien zum Beispiel im FDJ-Studienjahr, ständiger Kontakt mit der Basis und Reduzierung/Abschaffung des enormen Protokollaufwands, Schluss mit allem Pomp, weniger Phrasen in den eigenen Reden, mehr Vertrauen zu ehrenamtlichen FDJ-Funktionären. Vor allem aber galt es, sich ehrlich der offenen Diskussion mit allen Jugendlichen zu stellen, um sie für die weitere Entwicklung der Gesellschaft zu gewinnen, was nicht immer gelang. Um solche Ziele zu verwirklichen, musste eine riesige Überzeugungsarbeit geleistet werden. Auch bedurfte es des ständigen persönlichen Beispiels. Dabei waren ja nicht nur Hindernisse in der Zentrale zu überwinden oder Rücksicht zu nehmen auf Urteile aus dem ZK der SED, nein auch in den Bezirken und Kreisen waren ja die gleichen Hemmnisse vorhanden. In einigen Fällen gelang es uns, solche Absichten und Ziele sogar in Parteibeschlüsse zu bugsieren, so zum FDJ-Aufgebot DDR 40 und zum Treffen der Jugendbrigadiere in Zeitz 1988, die aber dann kaum von den Parteileitungen verstanden wurden. Bis auf einzelne Teilerfolge gelang es letztlich nicht, grundlegende Veränderungen in der gesamten FDJ durchzusetzen. Viele meiner Bestrebungen blieben der Öffentlichkeit verborgen. Ich blieb ewig im Schatten meines Vorgängers („Fans von Egon Krenz, seid nicht traurig, jetzt kommt Aurich!“) und stand weiter unter seiner Kuratel. Aber auch die kleinen mich von ihm unterscheidenden Schritte waren schwer erkämpft: So nahmen an einer Kundgebung zum Jahrestag der Oktoberrevolution im November 1987 Berliner FDJler ausschließlich freiwillig teil, in Ravensbrück gab es im Herbst 1988 eine bewegende Ehrung unter Teilnahme von Stephan Hermlin, die frei von aller früheren Routine war, am Pfingsttreffen 1989 nahmen erstmals viel mehr jüngste FDJ-Mitglieder aus den Schulen teil als je zuvor (freiwillig), das Gelöbnis zum Fackelzug 1989 haben alle 60 000 Teilnehmer vorher beraten, verändert und dann persönlich unterschrieben. Die Plakate und Gestaltungselemente zum Pfingsttreffen 1989 waren alle handgefertigt und selbst ausgedacht. Ich sprach mit angeblich negativ-dekadenten Punkern und aufmüpfigen Theologie-Studenten genauso wie mit Schülern und jungen Arbeitern. Ich stellte mich offen und stets ohne Vorbehalte der Debatte, denn ich wollte Jugendliche für den DDR-Sozialismus gewinnen, sie nicht vertreiben. 1989 war ich zeitweise der einzige aus dem ZK, der das noch tat. Das hat mir viele persönlichen Sympathie-Punkte eingebracht, änderte aber nichts grundsätzlich am gebrochenen Vertrauensverhältnis zwischen Partei/Staat und Jugend.

Misstrauen gab es auch auf anderen Ebenen. So beobachtete grundsätzlich jeder Funktionär jeden. Nicht selten wurden da auch Wertungen und Berichte verfasst. MfS-Mitarbeiter waren auf allen

Ebenen der FDJ ständig zugange. Auch Jugend- und Studentenklubs, Freizeitklubs, Kabarett und Laiengruppen wurden ständig überwacht. Die MfS-Mitarbeiter handelten nicht im Auftrag der FDJ, oft hatten wir auch keine Ahnung, was sie jeweils taten. Aber sehr oft wollten sie uns vor irgendwelchen feindlichen Tendenzen warnen, egal ob es Lindenberg-Lieder, die Aufführung des „Kleinen Prinzen“ oder ein Treffen Homosexueller war. Ständig war jeder auf der Hut, es könnte doch etwas über ihn zu seinem Vorgesetzten gelangen. Schon ein Kommentar in der Jungen Welt, ein etwas freizügigeres Aktbild im Magazin Neues Leben, ein unbekannter MfS-Bericht konnte Anlass für einen Anruf zum Beispiel beim FDJ-Chef sein. In der Regel war da nichts mehr zu ändern, aber als permanente Warnung, wachsam (misstrauisch) zu sein, diente der Anruf allemal.

1988 kam es zum Streit der FDJ mit Margot Honecker. Sie unterstellte der FDJ, unverantwortlich in den Schulen offene Debatten angezettelt zu haben und mit „speakers corner“ noch Möglichkeiten der feindlichen Propaganda angeregt zu haben. Die Ereignisse an der Ossietzky-Schule in Berlin – Proteste gegen die Militärparaden der NVA endeten mit Ausschlüssen aus der FDJ – waren der traurige Höhepunkt. Margot Honecker erklärte uns in einer Aussprache unverblümt, dass ihre Lehrer nicht in der Lage seien, die Fragen der Jugendlichen zu beantworten. Deshalb dürfe die FDJ auch nicht noch zu solchen ermutigen.

Dieses ständige Gefühl des Misstrauens wurde auch nicht durch vertrauensvolle Aussprachen bekämpft, diese gab es nämlich nicht. In sechs Jahren an der Spitze der FDJ wurde ich nicht ein einziges Mal von Erich Honecker persönlich angesprochen. Seine offiziellen Gespräche mit dem Sekretariat des Zentralrats waren hohle und nichtssagende gegenseitige Treue-Versicherungen. Lösungsvarianten für gesellschaftliche Probleme standen gar nicht zur Debatte. Vorschläge unsererseits waren auch nicht gewünscht. Nur die Etablierung von „1199“ im Jugendfernsehen konnte in solch einem Gespräch endlich erreicht werden. Als Interessenvertreter der Jugend versuchte ich 1989 zu erwirken, dass es endlich auch für DDR-Jugendliche moderne Sportkleidung zu kaufen gibt. Da wurde ich von Margot Honecker mit dem Schlagwort, dies sei „Forderungsideologie“ abgeburstet. Eine Gesetzesänderung für Homosexuelle erreichte ich nur über einen Brief an den Justizminister. Den Bau von Jugendklubs, die Rekonstruktion von Pionierlagern und Jugendherbergen konnten wir über die normale Volkswirtschaftsplanung über das Amt für Jugendfragen voranbringen. Auch die Reisemöglichkeiten in das sozialistische Ausland verbesserten sich langsam, für ausgewählte Jugendliche gab es gar Westreisen.

Generell gab es aber für Jugendliche keine Möglichkeiten, an Gesetzesvorhaben direkt mitzuwirken, weil in der Honecker-Zeit keine öffentlichen Diskussionen mehr stattfanden. Einer öffentlichen Aussprache der FDJ an den Schulen in Vorbereitung des Pädagogischen Kongresses 1989 verweigerte Margot Honecker ihren Respekt. Sie nahm die Ergebnisse gar nicht zur Kenntnis. Der einzige Weg der Kommunikation der FDJ mit der Parteiführung war über den zuständigen Sekretär Egon Krenz. Dessen Beratungen waren aber in der Regel nur Auswertungen der Politbüro-Sitzungen. Erörterungen relevanter Gesellschaftsprobleme fanden kaum statt, oft wurden nur Verhaltensregeln für FDJ-Funktionäre vorgetragen. Viele Informationen blieben der FDJ-Führung verborgen, so zur ökonomischen Lage, zum Dissens mit Gorbatschow, zum Verhältnis DDR-BRD. So viel zu Vertrauen in die Jugend und den Jugendverband!

Im September 1989 wurden wir allerdings von Egon Krenz verzweifelt gefragt, was wir in der FDJ meinen, warum so viele in den Westen wollen. Das war das einzige Mal, wo uns die Parteiführung offiziell eine solche brisante Frage stellte. Unsere ehrliche und ausführliche Antwort wurde dann von Honecker als größter Angriff der FDJ auf die Parteiführung interpretiert. Der Leiter der Abteilung Jugend des ZK Gerd Schulz sollte deshalb gar abgelöst werden. Vier Wochen später akzeptierte die neue Parteiführung dann unsere Analyse – irre!

Die Jugend der DDR erhielt an den Oberschulen und Hoch- und Fachschulen eine solide Ausbildung. Die wachsende Bildung konkurrierte daher auch mehr und mehr mit dem Reglement der politischen Strukturen im Land. Es fand auch kaum eine natürliche Kaderentwicklung in den leitenden Positionen der Gesellschaft statt. Das Alter des Politbüros ist legendär. Das jüngste Mitglied war auch 1989 noch Egon Krenz, der 1976 als Kandidat dort eintrat (damals 39 Jahre alt). In diesem Politbüro gab es nur vier ehemalige FDJ-Funktionäre: Erich Honecker, Heinz Kessler, Egon Krenz und Siegfried Lorenz. Im ZK der SED waren die jüngsten Mitglieder: Eberhard Aurich, Wilfried Poßner, Hartmut König und Jochen Willerding, alle 1989 auch bereits über 40 Jahre. Frühere FDJ-Funktionäre leiteten noch die Bezirksleitungen Dresden (Modrow), Karl-Marx-Stadt (Lorenz), Potsdam (Jahn), allesamt 1989 über 60 Jahre. Im Ministerrat der DDR gab es über alle Jahre nur drei ehemalige FDJ-Funktionäre: Heinz Kessler, Margot Honecker, Hans Sattler. Es gab aber auch keine jungen Minister in den Fachministerien. Der Jugend Vertrauen und Verantwortung – das war kaderpolitisch für die Führung des Landes eine hohle Phrase!

So war es aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. In der FDJ ist die Bezeichnung „Berufsjugendlicher“ legendär, damit waren Kreissekretäre und Bezirkssekretäre gemeint, die dem Jugendalter längst entwachsen waren. Ich selbst wurde erst mit 37 Jahren 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ. Im DDR-Fernsehen leitete jahrelang ein Uralt-Funktionär den Kinder- und Jugendbereich. Ihm folgten nicht etwa ein Nachwuchskader aus dem Fernsehen, sondern mehrere Parteikader aus dem ZK der SED, die von den fachlichen Prozessen keine Ahnung hatten. In den Betrieben und Einrichtungen war es kaum anders. Junge Leitungskader waren rar. Da blieben auch die sogenannten „Jugendförderungspläne“ Schall und Rauch.

Nein, die Jugend der DDR hatte in diesem Staat keine solche Entwicklungschance, wie in der Propaganda suggeriert wurde. Gut ausgebildet, ja – fleißig arbeiten, ja, aber leitende Positionen waren eh schon von Älteren besetzt. Und hätte sich jemand für bestimmte Funktionen beworben, wäre er ob dieses Anliegens schon misstrauisch beäugt worden. Man bewarb sich nicht für Funktionen, sondern wurde delegiert oder berufen. Als Egon Krenz 1989 gar die Idee hatte, einige FDJ-Funktionäre in die Parteiführung zu holen, wurde er von Willy Stoph noch gewarnt, sich „seine Leute“ nachzuholen. Das war zwar ein richtiger Einwand, aber hatte gar nichts mit Vertrauen zur Jugend zu tun.

„Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ war in der DDR mehr und mehr eine hohle Phrase, eine Farce! Diese Losung diente einzig und allein dem Machterhalt der Partei und verdeckte den latenten Generationenkonflikt.

Was wir dann plötzlich an Ideen zur gesellschaftlichen Veränderung auf dem Novemberplenium des ZK der SED 1989 aus dem Hut zauberten, da erschrecke ich noch heute. Wenn einer von uns solche

Überlegungen zwei Jahre zuvor in der Partei oder FDJ gehabt oder sogar öffentlich gemacht hätte, wäre er ins Gefängnis gekommen! Da hätte es kein Vertrauen mehr gegeben, die Verantwortung wäre er für immer los gewesen.

Die Ironie der Geschichte der FDJ ist, dass sich diese Jugend der DDR an die Worte des legendären FDJ-Liedes gehalten hat: „Deutsche Jugend, pack an, brich dir selber die Bahn, für Frieden, Freiheit und Recht. Kein Zwang und kein Drill, der eigene Will' bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das Licht, das dir niemals gebricht. Deutsche Jugend, steh deinen Mann.“

Dass die deutsche Jugend heute ohne DDR vor ganz anderen Herausforderungen steht, ist eine andere Frage. Nur aus der DDR-Geschichte finden wir darauf keine Antworten mehr.

Eberhard Aurich

26.02.2016

Eberhard Aurich war von 1969 – 1989 hauptamtlich in der FDJ tätig

1969 Mitarbeiter der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt

1971 Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt

1972 stellv. Leiter der Abt. Studenten im Zentralrat der FDJ

1977 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Karl-Marx-Stadt

1980 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ

1983-1989 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ